

## Mexikos Präsident Calderón: „Soziale Marktwirtschaft - ein gangbarer Weg und unser Weg“

**Mit einem klaren Bekenntnis zu christlich-demokratischen Wertvorstellungen hat Mexikos Präsident Felipe Calderón Hinojosa jetzt ein Treffen von Spitzenpolitikern aus IDC- und ODCA-Parteien beschlossen, das in der Parteizentrale der mexikanischen PAN stattfand. Bereits am Tag zuvor hatte der Präsident einen internationalen Kongress zum Thema Sicherheitspolitik eröffnet, der ebenfalls von der ODCA gemeinsam mit der Konrad Adenauer Stiftung veranstaltet wurde.**

„Die Soziale Marktwirtschaft ist ein gangbarer Weg – und es ist unser Weg“, rief Calderón den Teilnehmern im überfüllten Saal „Manuel Gómez Morín“ zu und bekräftigte besonders die Rolle des Staates bei der Garantie von Chancengleichheit und Nachhaltigkeit. Der Markt sei eine notwendige aber keineswegs hinreichende Voraussetzung für die Generation von Produktivität und Wohlstand. Zuletzt hätten in der Wirtschaft weltweit oft Ethik und Verantwortung gefehlt. In der Schuldenkrise mache Europa jetzt möglicherweise Erfahrungen, die Lateinamerika schon hinter sich habe. Wenn allerdings Mexiko in der Krise nach 2008 seine Hausaufgaben nicht gemacht hätte, so der Präsident, stünde es jetzt wohl als Anschauungsbeispiel neben Griechenland und anderen. Die Lasten der Krisenbewältigung müssten nun gerecht verteilt werden und dürften nicht ausschließlich bei den Bürgern hängenbleiben.

Der Sozialismus habe sich als Alternative bereits zuvor erledigt, spätestens mit dem Fall der Berliner Mauer, sagte Calderón. Selbstzweifel seien für die Christdemokraten nicht angebracht. Diese erinnerten ihn an

das Bild eines Kämpfers, der nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen allein noch stehe und sich dann nachdenklich frage: „Ist mein Weg wirklich der richtige?“

Nachdrücklich plädierte Calderón für ein Modell der „nachhaltigen menschlichen Entwicklung“, wie es von den ODCA- und IDC-Parteien vertreten werde. Dazu zählte er auch ausdrücklich die Generationengerechtigkeit. Speziell dem Kampf gegen den Klimawandel fühle er sich persönlich verpflichtet. Neben der Schere zwischen Nord und Süd müsse vor allem die Schere zwischen Mensch und Natur geschlossen werden.

Immer hätten sich die ODCA-Parteien in Lateinamerika den Formen totalitärer, autoritärer und faschistischer Herrschaft entgegengestellt, heute seien es vor allem Formen des autoritären Populismus, denen zu begegnen sei. Vielleicht habe man sich – zumindest auf dem Kontinent - zu früh darüber gefreut, dass die Demokratie gekommen sei, um für immer zu bleiben. Auch Märchen endeten meist mit der Hochzeit von Prinz und Prinzessin, ohne das beleuchtet werde, was nach der Hochzeit so alles passieren könne...

### Demokratie nicht für immer sicher

Nicht nur für Mexiko etwa gelte es nun, Demokratie und Freiheit vor autoritären Rückschritten zu schützen, die sich bereits vor unser aller Augen wieder ereigneten, die Medienfreiheit beschränkten, Oppositionelle inhaftierten. „Unsere Mission ist es, Demokratie und Menschenrechte zu bewahren“, betonte Calderón. Dazu bedürfe es in den eigenen Reihen vor allem Kongruenz. Ihre

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

10. Oktober 2011

[www.kas.de/mexiko](http://www.kas.de/mexiko)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Prinzipien und Werte müssten im Leben der Parteien und in der Politik auch umgesetzt werden, auch leben. Um den Bürger zu überzeugen, müsse man sie in konkrete Politik übersetzen. Dabei gebiete es die Verantwortungsethik allerdings manchmal zum Wohle des Landes, auch zwischen wenig wünschenswerten Alternativen zu wählen.

Als Video in spanischer Sprache ist der Beitrag auf der Seite des mexikanischen Präsidents unter

<http://www.presidencia.gob.mx/multimedia/videos/?articulo=70953>

verfügbar.

### Ungleichheit größtes Problem

Der ehemalige ODCA-Präsident Gutenberg Martínez hatte in seinem Beitrag zuvor die Ungleichheit als das größte aktuelle Problem bezeichnet. Ein „Anarchokapitalismus“ habe jedes Maß verloren. Deshalb müsse die Soziale Marktwirtschaft weltweit verankert werden. Der Parteivorsitzende der chilenischen Christdemokraten, Ignacio Walker, forderte nachdrücklich eine „Humanisierung der Globalisierung“. Der Mensch müsse wieder in den Mittelpunkt gerückt werden, Eigentum müsse der sozialen Verantwortung unterliegen.

Zu den Rednern der Veranstaltung, die vom Vorsitzenden der PAN, Gustavo Madero Muñoz und vom ODCA-Vorsitzenden Jorge Ocejo Moreno eröffnet wurde, gehörten auch der ehemalige chilenische Präsident Eduardo Frei Ruiz-Tagle, der Vizepräsident des italienischen Abgeordnetenhauses Rocco Buttiglione, der spanische Philosoph Enrique San Miguel, Eduardo Fernández von der venezuelanischen COPEI und Frank Priess von der Konrad Adenauer Stiftung.

Bereits am Tag zuvor hatten die Politiker an einem internationalen Forum zur Sicherheitspolitik in Lateinamerika teilgenommen, das von Präsident Felipe Calderón eröffnet wurde und Experten aus Europa und Lateinamerika bei seinen Beratungen vereinte. Es schloss an ähnliche KAS-ODCA-Foren in Bo-

gotá, Ciudad Juárez und Salvador de Bahía in den zurückliegenden Jahren an.

### Kampf gegen Kriminalität alternativlos

Calderón unterstrich einmal mehr die Alternativlosigkeit des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen. Die erste Aufgabe eines Staates sei es, für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen. Der Kampf gegen die Kriminalität zeige Erfolge, auch wenn diese vielfach bezweifelt würden. Angesichts der Wucht der kriminellen Herausforderung sei es besser gewesen, dieser jetzt entgegenzutreten, noch habe auch Lateinamerika Zeit dazu. Allerdings bedürfe es eines langen Atems und einer integralen Strategie, so Calderón, die auch konsequent umgesetzt werden müsse.

Gerade für eine humanistische Regierung sei es keine Alternative, „unbeweglich, passiv und schweigsam“ dem Schmerz der Bürger zuzusehen. Die Gewalt nehme gerade dort zu, wo autoritäre und halbautoritäre Regierungen die Institutionen schwächten. „Wenn der demokratische Rechtsstaat an Qualität verliert, ändert sich die Atmosphäre, die Gesellschaft beginnt zu verfaulen und es entstehen die Voraussetzungen für das Fortschreiten der Kriminalität, ohne dass sie jemand aufhält“, mahnte der Präsident.

ODCA-Präsident Jorge Ocejo Moreno – die *Organización Demócrata Cristiana de América* feiert im kommenden Jahr ihren 65. Geburtstag – hatte in seiner Einführung daran erinnert, dass der Kampf gegen das Verbrechen nicht nur mit militärischen und polizeilichen Mitteln geführt werden könne. Der Staat müsse auch die Grundbedürfnisse der Bürger adressieren, wolle er sich ihrer Unterstützung sicher sein.

Auch diese Beiträge stehen in spanischer Sprache via Video zur Verfügung:

<http://www.youtube.com/watch?v=PVUKLGIba4s&feature=youtu.be>

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Weiss bekräftigte in seinem Beitrag die Solidarität Deutschlands und Europas mit den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

10. Oktober 2011

[www.kas.de/mexiko](http://www.kas.de/mexiko)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

sicherheitspolitischen Anstrengungen der mexikanischen Regierung. Er erläuterte die europäische Sicherheitsstrategie und betonte: „Die Ausbreitung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität bedroht die Sicherheit aller Staaten und erfordert eine Anpassung der Sicherheitspolitik an die neuen Rahmenbedingungen. Um global gestalterisch mitwirken zu können, muss sich Europa deshalb gegenüber der Außenwelt mit gemeinsamen Visionen und gemeinsamen Aktionen präsentieren.“ Multinationale oder sogar globale Antworten zur Sicherheitsvorsorge seien notwendig, Antworten, die nur erfolgversprechend entwickelt und umgesetzt werden könnten, wenn unterschiedlichste staatliche Handlungs- und Steuerungsinstrumente verzahnt und integriert würden, und wenn neue Formen zwischenstaatlicher und multilateraler Kooperation eingegangen bzw. vorhandene Kooperationsformen und –institutionen gestärkt würden.

Unter den weiteren Hauptrednern der Veranstaltung waren der ehemalige Vizepräsident Guatemalas, Eduardo Stein, Chiles Senatorin Soledad Alvear und der Sekretär für multidimensionale Sicherheit der OEA, Adam Blackwell. Am Nachmittag beschäftigten sich parallele Foren mit speziellen Sicherheitsaspekten für die Jugend – die deutschen Erfahrungen brachte IYDU-*chairman* Daniel Walther von der Jungen Union ein – sowie einer integrierten Sicherheitspolitik auf lokaler Ebene. Hier referierten unter anderem der Bürgermeister von Puebla und der ehemalige Bürgermeister von Rio de Janeiro, Cesar Maia.